

22. Juni 2025

Liebe Freundinnen und Freunde,

die seit einem Jahr laufende Auseinandersetzung um Erhalt, Verwässerung oder Abschaffung des geltenden Allgemeinen Eisenbahngesetzes bzw. seines §23 steht nun überraschend schnell vor einer Entscheidung. Die jetzige Fassung des AEG war Ende 2023 inkraft getreten und hatte den grassierenden Entwidmungen mit seinen verheerenden Folgen für die Bahninfrastruktur ein Ende gesetzt. So die klare Bewertung der EBA-Zentrale.

Dass das auch das Ende für die Stilllegung des Stuttgarter Kopfbahnhofs samt Abstellbahnhof und Gäubahnanschluss bedeutete, war den Projektförderern erst ziemlich spät aufgefallen, nämlich erst als sie dem Gesetz schon über alle parlamentarischen Hürden in Bundestag und Bundesrat hinweggeholfen hatten.

Seitdem läuft ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit eine Kampagne zur Revision des AEG 23, angestoßen von der Stuttgarter S21-Kamarilla. Man wollte eine LEX S21, eine Ausnahmeregelung, die den Abriss der Kopfbahnhofgleise ermöglichen sollte, um Klimaskandal Rosensteinquartier bauen zu können. Der Vorstoß sollte aber nicht als Stuttgarter Sonderinteresse firmieren. Deshalb gelang es dem Team Nopper & Co, den Städtetag einzubeziehen, der dem Lobbyieren gegen das Gesetz den Anschein von kommunalem Allgemeininteresse verleihen sollte. Der Städtetag ließ sich instrumentalisieren und bot innerhalb kürzester Zeit eine Liste von 150 Städten oder Projekten auf, bei denen durch das faktische Stilllegungsverbot von Bahninfrastruktur der Wohnungsbau blockiert würde. Also: das Gesetz müsse weg, weil es den Kampf gegen Wohnungsnot und steigende Mieten behindere. Auf diesen Bluff ist ein Großteil der Politik reingefallen.

Kein Zufall also, dass sowohl der Städtetag als auch die Stadt Stuttgart die Veröffentlichung dieser Liste, die wahrscheinlich viele Projekte enthalten dürfte, bei denen gerade nicht entwidmet werden sollten, zu verhindern wusste. So hat die Stadt Stuttgart mit Verzögerungen und rechtlich unhaltbaren Argumenten bis heute eine Offenlegung verweigert, wie sie Dieter Reicherter nach dem Umweltinformationsgesetz gefordert hatte. Wieder einer dieser S21-typischen Beiträge zur Zerstörung von Vertrauen in den Rechtsstaat.



Zufall oder Absicht: eine gewisse Ähnlichkeit des US-Verteidigungsminister Pete Hegseth mit einem Stuttgarter S21 -Unterstützer (Fotomontage Bürger*innen-Initiative Wuhlheide)

In dieses Muster passt auch die Überrumpelungsstrategie, mit der der Bundestag im Affentempo die Revision des AEG noch vor der Sommerpause durch den Bundestag bringen will und zwar schon am kommenden Donnerstag, den 26. Juni. Von der Koalition wurde offene Abstimmung, also ohne Fraktionszwang, beantragt.

Dass der dort zur Beschlussfassung stehende Änderungsentwurf über die S21-Lobbyisten hinaus mit Zustimmung im Bundestag und wohl nach der Sommerpause auch noch im Bundesrat rechnen kann, dürfte mit Unkenntnis und einem falschen Bild des Stuttgart21 Geschehens zu tun haben.

Das Aktionsbündnis hat sich daher mit einem Brief an Verkehrsminister Schnieder, an alle Bundestagsabgeordneten und an die Mitglieder des Verkehrsausschusses des Bundesrats – er setzt sich aus den Länderverkehrsminister*innen zusammen – gewandt. Es sollte vermittelt werden, dass eine Revision des AEG §23 zu weiteren Milliarden Kostenbelastungen führen würde, die zulasten vieler wirklich sinnvoller Bahnprojekte und zulasten des ohnehin überreizten Bundeshafts führen würde.

Das Schreiben des Aktionsbündnisses hier: <https://kopfbahnhof-21.de/pressemitteilungen/offener-brief-zur-geplanten-aenderung-des-%c2%a7-23-allgemeines-eisenbahngesetzes/> und natürlich an den Ständen auf der MoDemo und ab Dienstag an der Mahnwache.

Wenn es zu der Beschlussfassung kommt, ist de facto wieder der Rechtszustand vor Inkrafttreten des jetzt geltenden Rechts hergestellt, so sieht es Prof. Urs Kramer, der als Sachverständiger der Grünen an der Anhörung des Verkehrsausschusses am 2. Dez. letzten Jahres teilgenommen hatte.

Eine Revision des Gesetzes würde für die S21-Widerständigen die Hoffnung auf eine schnelle Sicherung des Kopfbahnhofs beerdigen – nicht aber die langfristigen Aussichten, bei denen Argumente und Realitäten immer stärker für den Erhalt des Kopfbahnhofs sprechen. Für die S21-Freund*innen wäre der Fortbestand des jetzigen Gesetzes ein Fiasko, sie müssten sich vom Traum ihres Mega-Immobilienprojekts endgültig verabschieden, der ja der eigentliche Antrieb des ganzen Wahnsinns war.

Es sind zwar nur noch wenige Tage bis zur Entscheidung des Bundestags und wenige Monate bis zu der des Bundesrats, aber es gibt noch einiges zu tun, z.B. die Petition der Berliner Bürger*innen-Initiative Wuhlheide unterstützen, die auch betroffen und mit den S21-Gegner*innen solidarisch ist: <https://kopfbahnhof-21.de/dokumente/petition-eil-appell-aeg-nicht-aufweichen/>

Viel Hintergrund bietet der Beitrag von Johanna Henkel-Waidhofer in Kontext, in dem es vor allem um die klimabelastende Bebauung des Gleisvorfelds mit dem Rosensteinquartier geht, die durch das jetzige AEG faktisch verhindert wird: <https://www.kontextwochenzeitung.de/politik/741/die-katze-im-sack-10291.html>

Und dann gibts Informationen über die AEG-Machenschaften aus erster Hand auf der ...

761. Montagsdemo am 23. Juni auf dem Schlossplatz mit ...

- **Luigi Pantisano**, Stadtplaner und Architekt, Mitglied Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, Die Linke; "Aktuelles zum § 23 AEG"

- **Fritz Mielert**, Referent für Umwelt und Energie, Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Regionalverband Stuttgart; "CCS: CO2-Verpressung statt Reduzierung - nicht mit uns"
- **Sascha Santorineos**, Singer-Song-Writer, Gitarre und Gesang
- **Stefan Notter**, Parkschützer, Moderation

Danach: Demozug zur Mahnwache, dort Schwabenstreich

Davor: Raddemo 17.45h ab Feuersee – gesund + aktiv zur MoDemo!

Wichtiger Hinweis für alle radelnden Montagsdemonstrant*innen: kommt am 30.6. zahlreich zur RadDemo zur 762. MoDemo (17.45h Feuersee). Der SWR will bei uns drehen.



Schnappschuss von Ulrich Ebert bei der 758. MoDemo.

& viele Grüße von Werner